

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Oliver Gerriets
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung Heike Hanseemann

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Fachbereichsleitung Recht Marion Fiedelak

Fachbereichsleitung Bildung, Kultur und Sport Heinz Willmann

Fachbereichsleitung Jugend Carsten Feist

vom Eigenbetrieb

Betriebsleitung Grundstücke und Gebäude Oliver Leinert

Kaufmännische Betriebsleitung Technische Betriebe Holger Kullik

Betriebsleitung Technik Technische Betriebe Tim Menke

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Rainer Büscher

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Wolfgang Jeschke

Als Gast

Geschäftsführung Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 12

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

6.1.1	Satzung zur Änderung der Verwaltungskostensatzung	155/2013
6.2.1	Bebauungsplan Nr. 140-Westlich Möwenstraße-mit örtlicher Bauvorschrift Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss	196/2013
6.2.2	Bebauungsplan Nr. 136 (vorhabenbezogen)/Vorhaben-und Erschließungsplan Nr. 25 (VEP 025)-Gökerstraße / südlich Hegelstraße-Aufstellungsbeschluss	195/2013
6.2.3	Bebauungsplan Nr. 61, 2. Änderung-Abschnittsbildung Triftweg-	198/2013
6.3.1	Änderung der "Entgeltordnung der Stadtbibliothek Wilhelmshaven"	187/2013
6.3.2	Änderung der "Entgeltordnung für die Überlassung städt. Sporteinrichtungen"	188/2013
6.3.3	Sportförderprogramm der Stadt Wilhelmshaven	189/2013
6.4.1	Antrag der WBV-Fraktion auf sofortige Überprüfung und ggf. Einbau einer neuen Feuerlöschanlage in der Nordfrost-Arena	518/2013
6.5.1	1. Nachtrag Wirtschaftsplan GGS 2013	209/2013
6.6.1	Antrag Fraktion B90/Grüne auf Beschluss einer neuen Parkgebührenverordnung	523/2013
6.6.2	Jahresabschluss 2012 der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) sowie Entlastung der Betriebsleitung	207/2013
6.7.1	Errichtung der Oberschule "Nord" und der Oberschule "Stadtmitte" zum Schuljahr 2014 / 15	200/2013
7.1	Aktueller Sachstand Step Plus	
8.1	Antrag der Gruppe Grüne/WBV auf Aufhebung des Ratsbeschlusses zum gemeinsamen Antrag Nr. 508/2013 der Fraktionen CDU und SPD: "Stopp Durchbau Jadeallee"	525/2013

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Glaser informierte, Herr Becker habe seinen Antrag auf sofortige Überprüfung und ggfs. Einbau einer neuen Feuerlöschanlage in der Nordfrostarena im Verwaltungsausschuss zurückgezogen, so dass **Punkt 6.4.1 von der Tagesordnung gestrichen** werden könne.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der soeben vorgetragenen Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 21.08.2013

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 21.08.2013 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Auf Antrag der BASU-Fraktion wurde die Aktuelle Stunde zu folgenden Themen durchgeführt:

1. Beantwortung der Fragen der BASU-Fraktion zum Komplex RNK und
2. Informationspolitik des Oberbürgermeisters.

Nachdem **Frau Weinstock** das Anliegen vorgetragen hatte, nahm **Oberbürgermeister Wagner** dazu Stellung im Rahmen einer kurzen Ansprache. Im weiteren Verlauf beteiligten sich auch die **Herren Biehl** und **Dr. von Teichman** an der Diskussion. **Herr Stoffers** gab abschließend einige Hinweise auf die Informations- und Auskunftspflicht des Oberbürgermeisters.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Beratungsbedarf.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

6.1.1 Satzung zur Änderung der Verwaltungskostensatzung **155/2013**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 16.09.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman bezog sich auf den Gebührentarif: Dieser sei aus seiner Sicht von der Höhe wie auch vom Verständnis in Teilen schwer nachvollziehbar.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 3 Enthaltungen: UWG-Fraktion; FDP)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die vorgelegte Satzung zur Änderung der Verwaltungskostensatzung inklusive Gebührentarif.

6.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)

6.2.1 Bebauungsplan Nr. 140 - Westlich Möwenstraße - mit örtlicher Bauvorschrift **196/2013** Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.09.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich verwundert, dass die Planungen von einem externen Büro und nicht von der Bauverwaltung erstellt worden seien. Dies stelle ihn einmal mehr vor die Frage, ob tatsächlich immer alle Aufträge an Dritte vergeben werden müssten.

Herr Kottek hielt dem entgegen, hier sei seitens der Stadt kein Auftrag vergeben worden. Auftraggeber sei die Sparkasse und dort könne frei entschieden werden, wer diese Arbeiten durchführen solle. Solange es sich nicht um Angelegenheiten von öffentlichem Interesse handle, könne die Stadt darüber hinaus ihre Ressourcen besser für die langfristigen, großen Projekte einsetzen. Darüber hinaus stelle sich die Personalsituation bei weitem nicht so komfortabel dar, wie von Herrn Dr. von Teichman angenommen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in

den z.Z. geltenden Fassungen den **Bebauungsplan Nr. 140 - WESTLICH MÖWENSTRASSE** – mit örtlichen Bauvorschriften als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-06) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 09. August 2013 ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigelegt. Der Rat nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan im Bereich des Bebauungsplans im Wege der Berichtigung gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB entsprechend der vorliegenden Darstellung angepasst wird (Berichtigung Nr. 08).

6.2.2 Bebauungsplan Nr. 136 (vorhabenbezogen) / Vorhaben-und Erschließungsplan Nr. 25 (VEP 025) - Gökerstraße / südlich Hegelstraße - Aufstellungsbeschluss **195/2013**

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.09.2013 vor.

Herr von den Berg signalisierte die Zustimmung der Gruppe, bat aber, die Bäume auf dem Grünstreifen in den Planungen bestehen zu lassen.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Sokolowski** erklärte **Herr Kottek**, die Straße sei aus Gründen der Übersichtlichkeit in die Planskizze übernommen worden. Weitere Details seien noch nicht ausgearbeitet, da es sich zunächst um einen Aufstellungsbeschluss handele.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich erfreut, dass sich in diesem Fall der Investor der Stadt bedient habe, um die Planungen durchführen zu lassen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548) die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 136 (vorhabenbezogen) / Vorhaben-und Erschließungsplans Nr. 25 (VEP 025) –Gökerstraße / südlich Hegelstraße-** gem. Vorlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.2.3 Bebauungsplan Nr. 61, 2. Änderung - Abschnittsbildung Triftweg - **198/2013**

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.09.2013 vor.

Die Frage von **Frau Weinstock**, ob Kosten auf die Anwohner des Triftweges zu kämen, wurde von **Herrn Kottek** dahingehend beantwortet, dass die Kosten für den Ausbau des Triftweges von den neuen Anliegern übernommen würden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der im Bebauungsplan Nr. 61, 2. Änderung – Freigebiet Freiligrathstr./Aug.-Hinrichs-Str. - festgesetzte Triftweg wird erschließungsbeitragsrechtlich als Abschnitt im Sinne des § 130 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) abgerechnet.

6.3 Ausschuss für Sport und Kultur (Ratsherr Möhle)**6.3.1** Änderung der "Entgeltordnung der Stadtbibliothek Wilhelmshaven" **187/2013**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport und Kultur vom 22.08.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Änderung der Entgeltordnung für die Stadtbibliothek Wilhelmshaven zum 01.01.2014 wird in der vorgelegten Form (Anlage) zugestimmt.

6.3.2 Änderung der "Entgeltordnung für die Überlassung städtischer Sporteinrichtungen" **188/2013**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport und Kultur vom 22.08.2013 vor.

Herr Sokolowski wies im Namen der Gruppe Grüne/WBV eindringlich darauf hin, den Schwimmunterricht an den Schulen nicht zu kurz kommen zu lassen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Änderung der „Entgeltordnung für die Überlassung der städtischen Sporteinrichtungen“ zum 01.10.2013 wird in der vorgelegten Fassung (Anlage) zugestimmt.

6.3.3 Sportförderprogramm der Stadt Wilhelmshaven **189/2013**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport und Kultur vom 22.08.2013 vor.

Herr Biehl wies auf den seiner Meinung nach bestehenden Anpassungsbedarf hin: Das Sportförderprogramm enthalte zum Teil sowohl sprachlich als auch sachlich überholungsbedürftige Formulierungen.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Prof. Reuter** erklärte **Herr Möhle**, dass auch von Vereinen gepachtete Anlagen laut Sportförderprogramm als vereinseigene Anlagen gelten.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Sportförderprogramm der Stadt Wilhelmshaven wird in der vorgelegten Fassung (Anlage) zugestimmt.

6.4 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsherr Harms)**6.4.1** Antrag der WBV-Fraktion auf sofortige Überprüfung und ggf. Einbau einer neuen Feuerlöschanlage in der Nordfrost-Arena **518/2013**

Von der Tagesordnung gestrichen, da zurückgezogen.

6.5 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude
(Beigeordneter Hellwig)

6.5.1 1. Nachtrag Wirtschaftsplan GGS 2013

209/2013

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 12.09.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman bezweifelte die Rechtmäßigkeit des Vorgehens. Ihm dränge sich der Gedanke auf, als sei dies absichtlich herbeigeführt, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen.

Herr Valnion erläuterte den Prozess aus haushaltsrechtlicher Sicht: Im Finanzhaushalt würden die Mittel jeweils in Jahr ihres voraussichtlichen Abflusses veranschlagt. Entgegen der ersten Einschätzungen des Betriebes habe sich der tatsächliche Mittelabfluss jedoch mehr nach 2013 verlagert. Aus diesem Grunde müsse die Verwaltung darauf mit Hilfe des Nachtragswirtschaftsplanes reagieren, welcher eine Kreditermächtigung für dieses Jahr vorsehe. Damit werde jedoch der Kreditbetrag für dieses Projekt in 2014 entsprechend vermindert. Die Kommunalaufsicht erhalte den Nachtrag zur Genehmigung vorgelegt.

Oberbürgermeister Wagner fügte hinzu, es werde somit eine zeitliche Verschiebung der Inanspruchnahme des Darlehens erwirkt, nicht aber Geld doppelt ausgegeben.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 2 Gegenstimmen: BASU-Fraktion und 1 Enthaltung: FDP)

Der Rat beschließt den 1. Nachtragswirtschaftsplan GGS 2013 gem. Anlage.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 6.781.900 Euro um 3.000.000 Euro erhöht.

Der bisherige Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen (3.100.000 Euro) wird nicht verändert.

Der bisherige Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite beansprucht werden dürfen (4.546.100 Euro), wird nicht verändert.

6.6 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Beigeordneter Veh)

6.6.1 Antrag Fraktion B90/Grüne auf Beschluss einer neuen Parkgebührenverordnung

523/2013

Frau Breuer brachte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt ein:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:

Der Oberbürgermeister bzw. die Verwaltung erarbeitet eine Verordnung über Parkgebühren, die nicht nur die Höhe der Parkgebühren regelt, sondern insbesondere auch die gebührenpflichtige Zeit nebst einschränkenden Höchstparkzeiten.

Der Entwurf der Verordnung ist dem Rat noch in 2013 zur Beschlussfassung vorzulegen. Ggf. von einer Änderung betroffene Stellen (z.B. TBW hinsichtlich der Durchführbarkeit/Umstellung/Beschilderungen, WTF hinsichtlich möglicher

touristischer Auswirkungen, Kämmerei hinsichtlich finanzieller Auswirkungen) sind im Vorfeld zu beteiligen, eine aussagekräftige Stellungnahme ist der Beschlussvorlage beizufügen.“

Unmittelbar anschließend **beantragte** sie für die Fraktion folgende **Änderung**:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:

*Der Oberbürgermeister bzw. die Verwaltung erarbeitet eine Verordnung über Parkgebühren, die nicht nur die Höhe der Parkgebühren regelt, sondern insbesondere auch die gebührenpflichtige Zeit nebst einschränkenden Höchstparkzeiten **und die Gebühren für Campingplätze und Wohnmobilstellplätze**. Der Entwurf der Verordnung ist dem Rat ~~noch in 2013 bis zur Ratssitzung April/2014~~ zur Beschlussfassung vorzulegen. Ggf. von einer Änderung betroffene Stellen (z.B. TBW hinsichtlich der Durchführbarkeit/Umstellung/Beschilderungen, WTF hinsichtlich möglicher touristischer Auswirkungen, Kämmerei hinsichtlich finanzieller Auswirkungen) sind im Vorfeld zu beteiligen, eine aussagekräftige Stellungnahme ist der Beschlussvorlage beizufügen.“*

Diese Änderung sei bereits auch vom Betriebsausschuss, vom Finanzausschuss und vom Verwaltungsausschuss übernommen worden.

Zwischen **Herrn Dr. von Teichman, Herrn Biehl, Herrn Hellwig, Frau Breuer, Herrn Harms** und **Oberbürgermeister Wagner** wurde anschließend die Frage der Notwendigkeit einer neuen Satzung diskutiert.

Dabei war Herr Dr. von Teichman der Auffassung, eine solche Verordnung, wie von den Grünen gefordert, sei zu bürokratisch und nicht zielführend. Seiner Meinung nach müsse nicht jedes Detail vom Rat beschlossen werden. Außerdem wies er darauf hin, dass der Rat eine Parkgebührenerhöhung beschlossen habe, welche vom Oberbürgermeister notwendigerweise kraft Amtes verändert worden sei. Er erwarte von der Verwaltung, dass dem Rat dazu eine neue Beschlussvorlage vorgelegt werde. Dies solle schnellstmöglich nachgeholt werden und sei auch noch vor April 2014 möglich.

Die übrigen Sprecher hielten dem entgegen, es sei notwendig, alle Ratsbeschlüsse zum Thema „Parken“ einmal in einer Verordnung zusammengefasst und aufgrund der Öffentlichkeitswirksamkeit vom Rat verabschiedet würden. Diese Verordnung solle im Übrigen nicht jedes Detail erfassen, sondern allgemeingültige Regelungen enthalten.

Oberbürgermeister Wagner erläuterte die notwendige Zeitschiene für die Erarbeitung einer Parkgebührenverordnung: In der ursprünglichen Fassung des Antrages sei die Vorlage auf eine Verabschiedung in diesem Jahr ausgerichtet gewesen und voraussichtlich im Oktober oder November im Rat beraten worden. Damit wäre eine separate Änderung, wie von Herrn Dr. von Teichman gefordert, entbehrlich gewesen. Da mit dem geänderten Antrag eine Vorlage der neuen Verordnung aber erst im April nächsten Jahres gefordert werde, werde in der nächsten Ratssitzung die entsprechende Anpassung als Vorlage eingebracht werden.

In der abschließenden Abstimmung wurde der **geänderte Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** bei 1 Enthaltung (Die Linke) und 1 Gegenstimme (FDP) **mehrheitlich angenommen** und erhält nun folgende Form:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:

Der Oberbürgermeister bzw. die Verwaltung erarbeitet eine Verordnung über Parkgebühren, die nicht nur die Höhe der Parkgebühren regelt, sondern insbesondere auch die gebührenpflichtige Zeit nebst einschränkenden Höchstparkzeiten und die Gebühren für Campingplätze und Wohnmobilstellplätze.

Der Entwurf der Verordnung ist dem Rat bis zur Ratssitzung April 2014 zur Beschlussfassung vorzulegen. Ggf. von einer Änderung betroffene Stellen (z.B. TBW hinsichtlich der Durchführbarkeit/Umstellung/Beschilderungen, WTF hinsichtlich möglicher touristischer Auswirkungen, Kämmerei hinsichtlich finanzieller Auswirkungen) sind im Vorfeld zu beteiligen, eine aussagekräftige Stellungnahme ist der Beschlussvorlage beizufügen.“

6.6.2 Jahresabschluss 2012 der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) sowie Entlastung der Betriebsleitung

207/2013

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 06.09.2013 vor und dankte in diesem Zusammenhang allen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Herr Dr. von Teichman merkte an, auch wenn es sich um einen Gewinn handele, sei dieser doch geringer ausgefallen, als im letzten Jahr. Dennoch werde erneut ein großer Teil dieses Gewinns an den städtischen Haushalt abgeführt. Dies erschwere aus seiner Sicht die Entschuldung des Betriebes unnötig. Darüber hinaus zeigte er sich erstaunt über die Menge des Kehrgrundes, die seiner Auffassung nach höher sein könnte, wenn nur bessere Regelungen und Vorgehensweisen bei der Straßenreinigung durchgesetzt würden. Darüber hinaus lasse der Zustand der Straßen im Stadtgebiet sehr zu wünschen übrig. Nachdem Herr Dr. von Teichman einige Beispiele vorgestellt hatte, verdeutlichte er, wie dies aus seiner Sicht durch effektivere Arbeit des Personals verbessert werden könnte.

Die **Herren Sokolowski und Harms** verliehen ihrem Unmut Ausdruck über die von Herrn Dr. von Teichman aufgestellten Behauptungen bezüglich der Arbeitsqualität.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung: Frau Weinstock, BASU-Fraktion)

1.) Der Jahresabschluss der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) zum 31.12.2012 wird gemäß Abschlussprüfung der PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, mit einem Jahresgewinn von 2.293.603,07 € beschlossen (festgestellt).

2.) Der Lagebericht wird gleichfalls festgestellt.

3.) Gemäß § 33 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

4.) Von dem Jahresgewinn werden zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung und zur Finanzierung von Investitionen 578.603,07 € in die allgemeine Rücklage eingestellt sowie 1.715.000,-- € zur Verzinsung des Eigenkapitals ausgeschüttet.

6.7 Schulausschuss (Ratsfrau Will)

6.7.1 Errichtung der Oberschule "Nord" und der Oberschule "Stadtmitte" zum Schuljahr 2014 / 15

200/2013

Frau Will trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 05.09.2013 vor.

Frau Weinstock vermisste einen Plan über das weitere Vorgehen. Ihrer Meinung nach hätten die Kinder der beteiligten Schulen das Nachsehen, wenn ein solches Vorhaben vorschnell realisiert werden sollte.

Frau Linsen-Steiner brachte folgenden **Änderungsantrag der Gruppe Grüne/WBV** ein: „*Streiche 2014/15, setze 2016/2017*“. Anschließend begründete sie eindringlich, warum ein größerer Zeitraum zur Realisierung notwendig sei.

Herr Schmidt und **Herr Biehl** appellierten ebenfalls dringend für mehr Zeit bei der Umsetzung: Im Stadtnorden handele es sich nicht um die Bildung einer „normalen“ Oberschule, sondern vielmehr um ein besonderes Schulmodell mit drei verschiedenen Schulformen. Diese Situation sei niedersachsenweit einzigartig. Aufgrund der durch die Inklusion begründeten Besonderheiten werde dringend mehr Zeit für die Zusammenlegung benötigt, als bis zum kommenden Schuljahr. Darüber hinaus hätten bereits im Schulausschuss alle Beteiligten der Schulen bestätigt, dass der geplante Zeitraum zu kurz gewählt sei. Dem Votum der Fachleute dieses Ausschusses gelte es, besondere Beachtung zu schenken. Anderenfalls komme es zu Schwierigkeiten, welche vermeidbar gewesen wären. Besonders die Erhaltung des Konzeptes einer integrativen Beschulung werde für dringend erforderlich gehalten.

Herr Kunze erklärte, der Grundsatzbeschluss zur Schulentwicklungsplanung sehe zunächst die Zusammenlegung der Schulverwaltungen vor. Anschließend zeigte er die weiteren Schritte auf. Ferner könne dieser Beschluss, der den ersten Schritt für das Schuljahr 2014/15 vorsehe, seiner Meinung nach nicht einfach mit einem Änderungsantrag abgewandelt werden. Anschließend verwies er auf den Inklusionserlass, der eine schrittweise Zusammenführung der besagten Schulformen zwingend vorschreibe.

Oberbürgermeister Wagner merkte an, die aufgeworfene Fragestellung sei bereits im Vorfeld mit der Landesschulbehörde diskutiert worden. Tatsächlich sei dieser Fall landesweit der erste seiner Art und damit auch Neuland für diese Behörde. Von dort werde eine entsprechende Stellungnahme zur Durchführbarkeit dieses Vorhabens erstellt.

An der weiteren, sehr angeregt geführten Diskussion beteiligten sich **Herr Walpurgis**, **Herr Föhlinger**, **Herr Möhle**, **Frau Breuer**, **Herr Dr. von Teichman**, **Oberbürgermeister Wagner**, **Herr Hellwig**, **Herr Becker** und **Herr Sokolowski**.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde zunächst über den **Änderungsantrag der Gruppe Grüne WBV** abgestimmt: Der Änderungsantrag wurde bei 14 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; UWG-Fraktion; BASU-Fraktion; FDP und Die Linke und 1 Enthaltung: Herr Schmidt, SPD-Fraktion, mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 15 Gegenstimmen: Gruppe Grüne/WBV; UWG-Fraktion; BASU-Fraktion; FDP, Die Linke und Herr Schmidt, SPD-Fraktion)

Der Errichtung der Oberschule „Nord“ und der Oberschule „Stadtmitte“ zum Schuljahr 2014 / 15 wird zugestimmt.

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

7.1 Aktueller Sachstand Step Plus

Herr Kottek berichtete anhand einer Präsentation über den aktuellen Sachstand des Projektes „Step Plus“.

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung hinterlegt.

8 Anträge8.1 Antrag der Gruppe Grüne/WBV auf Aufhebung des Ratsbeschlusses zum gemeinsamen Antrag Nr. 508/2013 der Fraktionen CDU und SPD: "Stopp Durchbau Jadeallee" **525/2013**

Herr Biehl trug den Antrag der Gruppe Grüne/WBV vor und begründete diesen anschließend ausführlich:

„Der Rat möge beschließen:

Der Ratsbeschluss zur Vorlage 508/2013 wird aufgehoben.“

Herr Stoffers informierte, über diesen Antrag könne heute zwar beraten, aufgrund der fehlenden Vorbereitung nicht aber beschlossen werden.

Herr Hellwig erklärte, die Ausführungen von Herrn Biehl änderten nichts an der Gesamtproblematik: Ansinnen von CDU und SPD sei gewesen, einen Durchbau zunächst zu vertagen, da man vor der Gesamtbeplanung keine Kenntnis über die künftige Verkehrsführung erlangen könne. Beide Fraktionen stünden nach wie vor auf dem Standpunkt, es sei zunächst solide zu planen, bevor der Durchbau der Jadeallee weiter vorangetrieben werde. Bezüglich der Wiesbadenbrücke sei er der Auffassung, es seien Argumente ausreichend ausgetauscht worden. Die Kaufentscheidung müsse dem Interessenten, der Spar und Bau, überlassen werden. Diese unternehmerische Entscheidung sei nicht vom Rat zu bewerten.

Herr Kottek nahm anschließend aus Anlass des heutigen Berichtes in der WZ Stellung zur Verteilung der Fördermittel und widerlegte damit seiner Meinung nach diverse dort von den Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD getätigten Aussagen:

Aufgrund der Zustimmung zum gemeinsamen Antrag von CDU und SPD vom 13.02.2013, dem zufolge keine Fördermittel mehr in den Durchbau der Jadeallee und die Entwicklung der Wiesbadenbrücke fließen sollten, könnten die nunmehr bewilligten Fördergelder ausschließlich im „Banter See Park“ zur Durchführung der zentralen Erschließungsmaßnahmen eingesetzt werden. Anhand verschiedener Zeichnungen zeigte Herr Kottek die Planungen zur Erschließung des Areals auf.

Zum Antrag werde er inhaltlich keine Stellung nehmen, da es gelte, den Ratsbeschluss vom 13.02. dieses Jahres auszuführen.

Herr Föhlinger mahnte in Richtung Herrn Kottek, Informationen zeitnah und umfassend weiterzugeben.

Herr Debring beantragte, den Punkt gem. § 10 Abs. 1 Buchst. d **an den zuständigen Fachausschuss zur Vorbereitung zu verweisen**.

Herr Dr. von Teichman stimmte dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Debring zu. Die herrschende Konfusion über die Planungen zu einem der wichtigsten Standorte der Stadt müsse beendet werden. Alle Beschlüsse gehörten auf den Prüfstand und fachlich eingehend diskutiert und vorbereitet werden.

Dem **Geschäftsordnungsantrag von Herrn Debring** auf Verweisung an den zuständigen Fachausschuss wurde **einstimmig zugestimmt**.

B. EinwohnerfragestundeFragen zu Angelegenheiten der Gemeinde

(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung

(§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Frau Kruse-Janßen bat um Auskunft zu Tagesordnungspunkt 6.7.1.: Die künftige Oberschule „Stadtmitte“ solle als Hauptsitz den Standort „Paul-Hug-Str.“ erhalten. Die Fraktionen CDU und SPD hätten jedoch in der Ratssitzung am 13.2. signalisiert, bei Vorlage einer entsprechenden Wirtschaftlichkeitsberechnung der Verwaltung ihre bisherige Position hinsichtlich des Standortes der „Oberschule Stadtmitte“ zu überprüfen. Sie bitte daher um Auskunft, ob mittlerweile eine solche Wirtschaftlichkeitsberechnung vorliege, falls ja, wo diese einzusehen sei und wenn nein, aus welchen Gründen nicht.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, die Wirtschaftlichkeitsberechnung werde erst dann erstellt, wenn die Planungskommission das Raumprogramm festgelegt habe. Ohne dieses könnten die entstehenden Kosten nicht berechnet werden.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Frau Kruse-Janßen** führte **Oberbürgermeister Wagner** weiter aus, der endgültige Standort werde am Ende des Prozesses auf Basis einer Wirtschaftlichkeitsberechnung von der Planungskommission festgelegt und vom Rat beschlossen.

Frau Kruse-Janßen richtete eine weitere Frage zu diesem Tagesordnungspunkt an Herrn Hellwig. Sie zeigte sich verwundert über dessen Aussage, dass hier der Elternwille berücksichtigt worden sei.

Herr Hellwig machte darauf aufmerksam, der Schulelternrat sei das gewählte Gremium der Eltern. Dabei bestehe immer die Problematik einer Fluktuation in der Elternschaft. Alle Eltern benötigten aber Planungssicherheit, was die künftigen Schulstandorte betreffe. Der Rat habe für Klarheit gesorgt, indem er ein zukunftsweisendes Schulentwicklungsprogramm verabschiedet habe.

Nachdem keine weiteren Fragen mehr vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Vor Eintritt in die nichtöffentliche Tagesordnung wurde die Sitzung für eine **Pause von 18.35 Uhr bis 18.45 Uhr** unterbrochen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

gez. _____

Glaser
Ratsvorsitzende

gez. _____

Wagner
Oberbürgermeister

gez. _____

Rogel
Protokollführerin